

# Den Knoten lösen für mehr Photovoltaik-Dach- anlagen in den Städten und auf dem Land!



## **Zusammenfassung:**

- Auch wenn die EEG-Umlage abgeschafft ist, bestehen weiterhin massive bürokratische Hürden für die gemeinsame Nutzung von Solarenergie in großen Wohngebäuden und in Quartieren
- Mit wenigen Bürokratieabbaumaßnahmen können die enormen Potentiale für Photovoltaik auf Gebäuden einfach gehoben werden– so können endlich alle Dachflächen genutzt werden
- Zwei einfache Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz machen dies möglich:
  - Die Definition der Eigenversorgung wird um Gruppen von gemeinsam handelnden Eigenversorger\*innen erweitert
  - Die Definition von Quartiersversorgung wird in Anlehnung an das GEG neu eingefügt
- Flankierende kleine Änderungen im Definitionsteil des Energiewirtschaftsgesetzes schaffen zusätzliche Klarheit



# I. Gemeinsame Eigenversorgung als Katalysator für den Photovoltaik-Zubau in Deutschland

## 1. Mehr Photovoltaik-Anlagen sind politisch gewollt und technisch umsetzbar

Die neue Bundesregierung strebt erfreulicherweise einen enormen Zubau an Erneuerbaren Energien in dieser Legislaturperiode an. Neben den Windenergieanlagen sollen vor allem Photovoltaikanlagen (ca. 200 GW PV-Gesamtleistung bis 2030) in ganz Deutschland errichtet werden. Das ist mehr als eine Verdreifachung gegenüber dem Status Quo. Um endlich auch die Sektoren Wärme und Mobilität zu elektrifizieren und damit zu dekarbonisieren, wird sich der Bruttostrombedarf laut Koalitionsvertrag und der frisch veröffentlichten Eröffnungsbilanz von derzeit 565 TWh in 2021<sup>1</sup> auf ca. 715 TWh im Jahr 2030 erhöhen.<sup>2</sup>

Angesichts dieses offensichtlichen Handlungsdrucks müssen schnell realisierbare Maßnahmen umgesetzt werden und es stellt sich v.a. die Frage, warum so viele Dächer in Deutschland noch immer nicht mit PV-Anlagen ausgestattet sind, obwohl diese Technik in den letzten Jahren immer günstiger geworden ist.<sup>3</sup> PV erlaubt bestimmten Stromverbraucher\*innen die Nutzung von selbst produziertem Strom mit ökologischen

Vorteilen und hat in Betracht der derzeitigen Strompreisentwicklung als günstige Stromerzeugungsquelle auch wirtschaftliche Vorteile. Doch für viele interessierte Personengruppen sind die finanziellen Anreize noch zu niedrig und die Komplexität bzw. der damit verbundene bürokratische Aufwand zu hoch. Mangelnde Wirtschaftlichkeit und hohe administrative Hürden schrecken ab.

## 2. *Administrative Hürden schließen wichtige Personengruppen vom PV-Zubau aus*

Sich selbst mit Energie aus PV-Anlagen zu versorgen kann bisher nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Gut umsetzbar ist die Eigenversorgung für Eigentümer\*innen eines Einfamilienhauses. Verwehrt wird sie hingegen all denjenigen, die eben nicht allein und direkt über ein Dach verfügen können, sondern die als Unternehmen oder Haushalt gemeinschaftlich in einem Gebäude untergebracht sind. Sie können diese besonders vorteilhafte Solarstrom-Eigenversorgung aufgrund administrativer Hürden nach aktuelle Gesetzeslage nicht in Anspruch nehmen. Zentrales Kriterium ist die Voraussetzung der sogenannten „Personenidentität“ zwischen Anlagenbetreiber\*in und Stromverbraucher\*in. Liegt diese Personenidentität nicht vor, handelt es sich um eine „Stromlieferung“ mit der Folge, dass die für Elektrizitätsversorgungsunternehmen bzw. netzgebundene Energieversorger

geltenden Regeln Anwendung finden. Dies gilt selbst dann, wenn die Stromversorgung mit Heizung und Wasser als Nebenleistung in einen Mietvertrag eingebunden oder Gewerbe- oder Eigentumsgemeinschaften sich gemeinsam mit Strom versorgen. Damit wird es gemeinsam handelnden Eigenversorger\*innen (also z.B. Wohnungseigentümergeinschaften) praktisch unmöglich gemacht, die einzelnen Wohnungen mit Strom zu versorgen. Denn die komplexen, auf die Energiewirtschaft zugeschnitten Regelungen zu EEG-Umlage, Verbraucherschutz und Abgabenerhebung sind für Sachverhalte der Gemeinsamen Eigenversorgung völlig überdimensioniert und ungeeignet. Mieter\*innen können lediglich darauf hoffen, dass die Vermieter\*innen PV-Anlagen auf ihren Dächern betreiben (lassen) und ihnen nach dem Mieterstromgesetz eine vergünstigte Stromlieferung anbieten. Doch dieses administrativ überladene Modell wird nur von einem kleinen Teil der Vermieter\*innen genutzt, weil die Stromversorgung auch in diesem Modell als gewerbliche Stromlieferung ausgestaltet und damit steuerschädlich für viele nicht-gewerbliche Vermieter\*innen ist. Der administrative Aufwand übersteigt die Erlöse aus der Förderung. Das politisch als Modell für vermietenweise Stromversorgung von Mietshäusern beworbene Modell ist letztlich nur für spezialisierte Elektrizitätsversorgungsunternehmen handhabbar, die auch richtungsweisende Projekte zur Realisierung von PV-Anlagen auf Mietwohngebäuden auf den Weg gebracht haben, aber ebenfalls durch die Größenbegrenzungen und Restriktionen des Modells in ihren Gestaltungsmöglichkeiten stark limitiert wurden.

Energiewende-Begeisterte werden aus diesem Grund in der Praxis kreativ, um Betreibermodelle für PV-Anlagen zu entwickeln. Diese können aber nur dank viel ehrenamtlichem Engagement und einem sehr geschickten aber auch zeitintensiven Umgang mit den rechtlichen Restriktionen existieren. Die Betreiber\*innen müssen infolge der im EEG immer wieder umgestalteten Förderbedingungen und Anforderungen sehr viel Planungsaufwand und rechtliche Unsicherheit in Kauf nehmen.<sup>4</sup>

Es ist die Zeit gekommen, alte Denkmuster zu überwinden. Um hohe Zubauzahlen für PV-Dachanlagen zu generieren, müssen zeitnah alle Hürden und Hemmnisse in der Praxis beseitigt werden. Wenn Eigenversorgung nicht mehr künstlich klein gehalten und quasi auf Eigenheimbesitzer\*innen begrenzt wird, ließe sich ein bislang ungenutztes Potential entfesseln. Auch Bewohner\*innen von Mehrparteienhäusern und Gewerbetreibende sollten als Prosument\*innen agieren können, anstatt nur mit Strom beliefert zu werden.

Die Europäische Kommission hat diesen Änderungsbedarf erkannt und sieht in Artikel 21 der Erneuerbare-Energien-Richtlinie<sup>5</sup> die Ausweitung der Eigenversorgung von einzelnen Personen auf gemeinsam handelnde Personen (Gemeinsame Eigenversorgung) zwingend vor. Somit bietet die Umsetzung dieser Vorgabe im deutschen Recht die Chance, für die benötigte Erneuerbare-Energie-Ausbau-Dynamik zu sorgen. Die Bundesregierung ist der Verpflichtung, dieses EU-Recht bis zum 30.06.2021 umzusetzen, bisher nicht

nachgekommen und steht damit unter Zugzwang. Die Ampel-Koalition hat sich im Koalitionsvertrag bereits selbst dazu verpflichtet, „im Rahmen des europarechtlich Möglichen [...] die Rahmenbedingungen für die Bürger-Energie zu verbessern“ und hat mit dem Konzept der Gemeinsamen Eigenversorgung einen wirksamen Hebel, die Solarziele zu erreichen.

Das vorliegende Konzeptpapier bietet eine Begriffsbestimmung für die Gemeinsame Eigenversorgung an. Zudem erfolgt eine klare Abgrenzung von anderen Formen der lokalen gemeinsamen Nutzung von Solarstrom wie etwa dem Mieterstrom. Abschließend unterbreitet das Papier Vorschläge zur Anpassung der Gesetzeslage. Ziel der neuen Bundesregierung sollte es sein, den regulatorischen Rahmen zu vereinfachen und regulatorische Freiheit hinter dem Netzanschlusspunkt zu ermöglichen bzw. zu maximieren.





## II. Begriffsbestimmung „Gemeinsame Eigenversorgung“

Zunächst gilt es, die Gemeinsame Eigenversorgung zu definieren und von anderen rechtlichen Modellen der Stromversorgung abzugrenzen.

### 1. Definition in der Erneuerbare-Energie-Richtlinie (EE-Richtlinie)

Da es im deutschen Recht bislang an einer klaren Definition für die Gemeinsamen Eigenversorgung mangelt, wird hier auf die europäische Definition aus Art. 21 Abs. 4 EE-Richtlinie zurückgegriffen. Dort heißt es: *Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Eigenversorger im Bereich erneuerbare Elektrizität, die sich in demselben Gebäude, einschließlich Mehrfamilienhäusern, befinden, berechtigt sind, gemeinsam den Tätigkeiten gemäß Absatz 2 nachzugehen, und vorbehaltlich der Netzentgelte und sonstiger einschlägiger Umlagen, Gebühren, Abgaben und Steuern, denen die einzelnen Eigenversorger gegebenenfalls unterworfen sind, den Austausch der vor Ort produzierten erneuerbaren Energie untereinander vereinbaren dürfen. Die Mitgliedstaaten dürfen zwischen Eigenversorgern im Bereich erneuerbare Elektrizität und gemeinsam handelnden Eigenversorgern im Bereich erneuerbare Elektrizität unterscheiden. Jede solche Unterscheidung muss verhältnismäßig und hinreichend begründet sein.*

Bislang ist im deutschen Recht nicht erkennbar, dass gemeinsam handelnde Eigenversorger\*innen in Anlehnung an die EU-Richtlinie mit den gleichen Rechten ausgestattet werden sollen, wie die individuellen Eigenversorger\*innen. Zwar soll bis zum Jahresende die Pflicht zur Zahlung der EEG-Umlage fallen, was die Benachteiligung von gemeinsam handelnden Eigenversorger\*innen gegenüber der Umlagen-Befreiung für Individuen in §61a EEG hinfällig macht. Viel wichtiger aber: sie werden infolge der unterstellten Lieferantenbeziehung steuerlich wie Gewerbetreibende behandelt und zu einer Reihe von aufwendigen Mess- und Meldepflichten herangezogen.<sup>6</sup> Fraglich bleibt, wie die Bundesregierung diese Ungleichbehandlung begründen kann.

## 2. Abgrenzung zu anderen rechtlichen (Lieferanten-) Modellen

### a) Mieterstrom

Als Mieterstrom werden bisher Vermarktungsmodelle für Strom verstanden, die erneuerbaren Strom vor Ort (im Quartier) mit einer Photovoltaikanlage erzeugen und an die Hausbewohner\*innen ohne Nutzung des Netzes der allgemeinen Versorgung liefern und im Gebäude verbrauchen. Die Betreiber\*innen der Erneuerbaren-Energie-Anlage können den dort erzeugten Strom direkt an die Bewohner\*innen des Mehrparteienhauses liefern und – bei Nutzung von Solarstrom – für jede Kilowattstunde des vor Ort erzeugten Stroms eine Mieterstromförderung in Anspruch nehmen (siehe § 21 Abs. 3 EEG 2021). Voraussetzung ist, dass die Anlage nicht größer als 100 Kilowatt ist und der Strom nicht über das öffentliche Netz geliefert wird, also innerhalb einer Kundenanlage verbleibt. Außerdem muss das Gebäude, auf dem die Anlage errichtet ist, ein Wohngebäude sein.<sup>7</sup>

Das EEG 2021 ermöglicht mit dem § 21 Abs. 3 zudem auch dezentrale Versorgungsmodelle im Quartier über das benachbarte Gebäude hinaus - allerdings weiterhin als Lieferantenbeziehung und ohne Nutzung des öffentlichen Netzes.<sup>8</sup>

### b) Konzept des Energy Sharings

Mieter\*innenstrom und gemeinsame Eigenversorgung werden häufig mit Energy Sharing gleichgesetzt oder verwechselt. Das in Artikel 22 der EE-Richtlinie vorgesehene Energy Sharing ist jedoch als gesondertes Instrument zu betrachten. Während bei Energy Sharing explizit die gemeinsame, regionale Erzeugung und Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen über das Verteilnetz im Vordergrund steht, beziehen sich Mieter\*innenstrom, auch in Quartieren, sowie die gemeinsame Eigenversorgung auf die Nutzung von Strom aus einer Erzeugungsanlage hinter einem gemeinsamen Netzanschluss.<sup>9</sup>



### III. Aktuelle Hürden eines Lieferanten-Modells

Die aktuelle Rechtslage benachteiligt große Gruppen der Bevölkerung, der kommunalen Gebietskörperschaften und der gewerblichen Mieter\*innen bei der Eigenversorgung mit Solarstrom. Die Nutzung von Solarstrom aus einer gemeinsam genutzten Anlage wird als Stromlieferung gewertet und zieht deshalb große bürokratische Hürden und Meldepflichten nach sich. Aber warum genau können große Dachflächen trotz bester Eignung nicht für die Solarstromerzeugung genutzt werden?

#### 1. Die aktuelle Rechtslage verhindert EE-Ausbau: Ein Fallbeispiel

Sehen wir uns zur Darstellung der Problematik ein Beispiel an: Eine Wohnungseigentümergeinschaft (WEG) mit 10 Parteien bewohnt ein mehrstöckiges Wohnhaus am Stadtrand mit Flachdach. Das Solarkataster und mehrere Sachverständige haben dem Dach eine hervorragende Eignung für Solarstromerzeugung bescheinigt. Schon seit einiger Zeit versuchen klimabewegte Bewohner\*innen, die anderen Eigentümer\*innen von den Vorteilen von Solarstrom und Selbstversorgung zu überzeugen. Die stetig fallenden Kosten für die PV-Technologie und die Aussicht, perspektivisch auch E-Autos und Wärmepumpen mit eigenem, günstigerem Strom betreiben zu können, überzeugen auch die Skeptischen im Haus. Im Rahmen einer Versammlung entscheiden sich die Mitglieder der WEG, die Installation einer Solaranlage zur gemeinsamen Versorgung mit "selbstgemachtem" Strom zu prüfen.



Um die Optionen zu prüfen, sucht eine Arbeitsgruppe der WEG eine lokale Solarberatung auf. Die Engagierten müssen dort erfahren, dass nach aktueller Rechtslage der unbürokratische Verbrauch von Solarstrom aus der gemeinsamen Solaranlage nur teilweise möglich ist. Sie dürfen selbst erzeugten Strom nur in den Gemeinschaftsanlagen – z.B. bei der Flurbeleuchtung - unbürokratisch nutzen, und nicht wie jede\*r Einzelhausbesitzer\*in im Rahmen der Eigenversorgung im EEG mit geringem Aufwand den Strom für die Waschmaschine oder die Tiefkühltruhe günstig selbst auf dem Dach erzeugen. Die Solarberaterin bietet den WEG-Mitgliedern anstelle der Eigenversorgung die Prüfung eines Mieterstrommodells an. Hier sei sogar eine Mieterstrom-Förderung für jede selbstproduzierte, im Gebäude verbrauchte Kilowattstunde möglich. Allerdings gebe es einige administrative Hürden. Generell wird klar: Um den günstigen Solarstrom auch in ihren einzelnen Wohnungen nutzen zu können, muss die WEG gesetzlich gesehen zu einem Elektrizitätsversorgungsunternehmen und die WEG-Mitglieder zu Stromkund\*innen werden. Die im gemeinsamen Haus realisierte gemeinsame Stromversorgung wird – anders als etwa die Versorgung mit Wärme aus einer Zentralheizung – rechtlich als Lieferung eines Elektrizitätsversorgungsunternehmens (EltVU) an Letztverbraucher\*innen behandelt. Die WEG-Solar-Pioniere werden dann von der Solarberatung mit einer Liste von Pflichten konfrontiert, die bei der Einführung eines Mieterstrommodells erfüllt werden müssten.

Als Mini- Energieversorger oder EltVU müssen die zehn Solar-Begeisterten gegenüber unterschiedlichen Adressaten wie dem Übertragungsnetzbetreiber oder dem Hauptzollamt

**a.** zehn (ab 2023: neun) sogenannte Lieferantenpflichten erfüllen, darunter die Erfüllung von Vorgaben für die Gestaltung von Stromlieferverträgen und -rechnungen aufgrund von § 40 EnWG oder von Vorgaben zur Stromkennzeichnung nach § 42 EnWG und § 78 Abs. 1 S. 2 EEG.

**b.** vierzehn (ab 2023: zehn) sogenannte Meldepflichten erfüllen, darunter die Meldung, dass und ab wann eine EEG-Umlage-pflichtige Stromlieferung vorliegt und ob und auf welcher Grundlage sich die Höhe der EEG-Umlage verringert oder regelmäßige Meldungen über gelieferte und selbst verbrauchte Strommengen.<sup>10</sup>

**c.** mit entsprechender, aufwändiger Messtechnik die Strommengen je nach Herkunft (eigene PV oder Netz) und Stromverbraucher\*in (Allgemeinstrom/Wohnungseigentümer\*in/Mieter\*in) zuordnen und messen, selbst wenn die Gemeinschaft intern gar nicht oder nur teilweise nach Maßgabe dieser Mengen abrechnet.

Angesichts dieser Fülle von Pflichten und dem damit verbunden Aufwand entscheiden sich die einst hoffnungsvollen WEG-Mitglieder, das Projekt einer Solaranlage auf ihrem großen Flachdach aufzugeben. Selbst wenn man die Mieterstromförderung aus dem EEG in Anspruch nimmt, ist die Solaranlage mit einem Mieterstrommodell nicht wirtschaftlich zu betreiben. Dies bescheinigen den WEG-Mitgliedern auch mehrere lokale Genossenschaften, die Mieterstrommodelle mit teils hohem ehrenamtlichem Engagement planen und bauen. Selbst unter Berücksichtigung eines Baukostenzuschusses durch die WEG lohnt sich Mieterstrom in dieser Größenordnung für Projektierer\*innen nicht, da der bürokratische und damit der personelle Aufwand den Gewinn weit übersteigt und auch das für das Mieterstrommodell benötigte Messstellenkonzept mit hohen Kosten verbunden ist.

In der Konsequenz bleibt das eigentlich hervorragend geeignete Dach eines großen Wohnhauses weiterhin für Solarstromerzeugung ungenutzt, beziehen die WEG-Mitglieder weiterhin den Strom ihres Versorgers in ihren Wohnungen und in den Gemeinschaftsanlagen. Die Anschaffung von Elektroautos und Wärmepumpen wird in die Zukunft verschoben, weil die Wirtschaftlichkeit ohne Eigenversorgung nicht gegeben ist. Wir sehen: das Fehlen einer Regelung für die Gemeinsame Eigenversorgung bremst die PV-Dynamik und schadet dem Klimaschutz immens.





## *2. Sinn und Unsinn der Pflichten eines Elektrizitätsversorgungsunternehmens*

Nicht nur die oben dargestellte realistische Konstellation einer WEG ist von dem Problem betroffen, auch etwa Nachbar\*innen in Reihenhäusern, die das gemeinsame Dach zusammen für eine Anlage nutzen wollen, oder Hausbesitzer\*innen, die ihre Mieter\*innen oder Familienmitglieder in der Einliegerwohnung unbürokratisch mit eigenem Solarstrom versorgen wollen. Allen Vorhaben gegenüber steht ein Regelwerk, das für die Beziehung zwischen Stromkonzernen und "Normalverbraucher\*innen" geschaffen wurde und deren Einhaltung für die Lieferunternehmen kein Problem darstellt. Sinn des Regelwerks war und ist es, die Verlässlichkeit des Stromsystems und den Schutz der Verbraucher\*innen sicher zu stellen. Dies war in der Welt der fossilen Großkraftwerke und der rein konsumierenden Endkund\*innen eine wichtige Errungenschaft. Nun wird diese Errungenschaft im Fall der Selbstversorgung mit Solarstrom zur Bremse. Die Aufzählung der oben skizzierten „EltVU“-Pflichten würde den Rahmen dieses Papiers sprengen, weshalb hier die vollständige Aufzählung lediglich verlinkt werden kann.<sup>11</sup> Es wird klar: Nur die Erweiterung der Eigenversorgung von Einzelhausbesitzer\*innen auf Gruppen von gemeinsam handelnden Eigenversorgern kann dieses Problem unbürokratisch beseitigen.

## IV. Regulatorische Änderungsvorschläge für eine Schärfung der Definitionen im EEG und EnWG

### 1. EEG

Im EEG sollte eine weite Definition der Eigenversorgung verankert werden, die den klaren Anforderungen aus dem Europarecht gem. Art. 21 Abs. 4 EE-Richtlinie gerecht wird.

#### a. Anpassung der Definition von „Eigenversorgung“

Wir schlagen eine Anpassung der Definition der Eigenversorgung in § 3 Nr. 19 EEG 2021 vor, um der europarechtlich geforderten Erweiterung der Eigenversorgung auf gemeinsam handelnde Eigenversorger Rechnung zu tragen und das oben problematisierte, bisher geltende Erfordernis der Personenidentität aufzuheben (Ergänzungen unterstrichen und Streichungen durchgestrichen):

Eine angepasste Definition von § 3 Nr. 19 EEG 2021 sieht wie folgt aus:

„„Eigenversorgung“ der Verbrauch von Strom, den eine natürliche oder juristische Person oder eine Gruppe von gemeinsam handelnden natürlichen oder juristischen Personen im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang mit der Stromerzeugungsanlage selbst verbraucht, wenn der Strom nicht durch ein Netz durchgeleitet wird ~~und diese Person die Stromerzeugungsanlage selbst betreibt~~“. Gemeinsam handelnde Eigenversorger stellen keine Elektrizitätsversorgungsunternehmen i.S.v. § 3 Nr. 20 EEG dar.“

## b. Definition des Begriffes "Quartier"

Mit dem EEG 2021 wurde in § 21 Abs. 3 Nr. 1 im Zusammenhang mit der Mieterstromförderung erstmals der Begriff des "Quartiers" für Wohngebäude mit lediglich einem Anschluss ans öffentliche Stromnetz eingeführt. Zugleich kennt auch das Gebäudeenergiegesetz den Begriff des Quartiers für *"die Errichtung und der Betrieb gemeinsamer Anlagen zur zentralen oder dezentralen Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Wärme und Kälte aus erneuerbaren Energien"* in Gebäuden, welche im räumlichen Zusammenhang stehen.

Mit der Erweiterung des Eigenversorgungsbegriffes ergibt sich die Chance, den Quartiersbegriff des EEG auf Gewerbe- und Mischgebäude auszuweiten, zu präzisieren und jenem des GEG anzunähern. So ergeben sich Potentiale für die integrierte Betrachtung der Energieflüsse in einem Quartier und damit zur Beförderung der Sektorenkopplung.

Hierfür ist eine Bestimmung des Begriffes einer Quartiersversorgung in § 3 EEG in Form einer neuen Nr. 23a hilfreich, die wie folgt aussieht:

*"Quartiersversorgung" jeder Austausch von Energiemengen im räumlichen Zusammenhang für mehrere in der Fläche zusammenhängende Gebäude ohne Durchleitung durch ein öffentliches Netz".*

## c. Weitere Anpassung im EEG mit Bezug zur Eigenversorgung

Im Übrigen müssen der § 27a EEG sowie § 48 Absatz 5 EEG entfallen, um Eigenversorgung auf großen Dächern zu ermöglichen.

## 2. EnWG

Wir schlagen des Weiteren eine Klarstellung der Begriffe rund um die Lieferung von Energie und damit von Strom im Energiewirtschaftsgesetz vor.

Eine Lieferung findet im öffentlichen Stromnetz und damit vor dem Netzverknüpfungspunkt statt.

Im Bereich hinter dem Netzverknüpfungspunkt findet dagegen u.a. die im EEG definierte individuelle und gemeinsame Eigenversorgung statt. Erfolgt also keine Stromlieferung über das öffentliche Netz, gelten entsprechend keine Lieferantenpflichten gem. §§ 40-42a EnWG.

Somit ergeben sich folgende Anpassungen:

§ 3 EnWG wird geändert und in Ziff. 15 c und 31 a und c geändert und 15 e, 31 d und ein § 42 b ergänzt wie folgt:

**a.** Anpassung des Begriffes des Energielieferanten in § 3 Nr. 15c EnWG:

*„Energielieferant: Lieferant bei einer Gas- oder Stromlieferung“*

**b.** Einführung des Begriffes der Energielieferung in § 3 Nr. 15 e EnWG:

*„Energielieferung: Lieferung von Strom oder Gas über ein Energie- oder Elektrizitätsversorgungsnetz“*

**c.** Anpassung des Begriffes des Stromlieferanten in § 3 Nr. 31a EnWG:

*„Stromlieferanten: Lieferant bei einer Stromlieferung“*

**d.** Einführung des Begriffes der Stromlieferung in § 3 Nr. 31 c EnWG:

*„Stromlieferung: Lieferung von Strom über ein Elektrizitätsversorgungsnetz“*

**e.** Einführung des Begriffes des Elektrizitätsversorgungsunternehmens in § 3 Nr. 31d EnWG:

*„Elektrizitätsversorgungsunternehmen: Unternehmen, welches Stromlieferungen allgemein am Markt anbietet“*

**f.** Einführung eines § 42b:

*„Für Eigenversorgung gemäß § 3 Nr. 19 EEG sind die Vorschriften gemäß der Paragraphen 40 bis einschließlich 42a nicht anzuwenden.“*



## V. Chancen für den sozialverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien<sup>12</sup>



## Quellenangaben:

- 1  
UBA, <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/stromverbrauch> [Letzter Abruf vom 07.01.2022].
- 2  
Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), Mehr Fortschritt wagen, Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, S. 56; Eröffnungsbilanz Klimaschutz, [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/220111\\_eroeffnungsbilanz\\_klimaschutz.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=10](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/220111_eroeffnungsbilanz_klimaschutz.pdf?__blob=publicationFile&v=10), S. 12 ff.
- 3  
PV Think Tank, 10+ Gigawatt Photovoltaik pro Jahr, [https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/pdf/10\\_GW\\_PV\\_50\\_Handlungsempfehlungen\\_PV\\_Think\\_Tank\\_2021.pdf](https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/pdf/10_GW_PV_50_Handlungsempfehlungen_PV_Think_Tank_2021.pdf), S. 7 f.
- 4  
Eine Systematik der existierenden Betreibermodelle sind dem Leitfaden der Energieagentur Regio Freiburg zu entnehmen. Das Risiko tragen die engagierten Bürger\*innen, die die Energiewende trotz fehlender Rechtssicherheit vorantreiben möchten – abrufbar unter: [https://energieagentur-regio-freiburg.eu/wp-content/uploads/2021/02/PV-Betriebskonzepte-MFH\\_earf.pdf](https://energieagentur-regio-freiburg.eu/wp-content/uploads/2021/02/PV-Betriebskonzepte-MFH_earf.pdf).
- 5  
Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018, L 328/82, Amtsblatt der Europäischen Union vom 21. Dezember 2018 – abrufbar unter: <https://eurlex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32018L2001&from=DE>.
- 6  
Boos, [https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user\\_upload/2021-08-03\\_Stellungnahme\\_RA\\_Dr\\_Boos\\_BHW\\_Umsetzung\\_EE-Richtlinie\\_im\\_EEG\\_2021\\_Version-2.pdf](https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_upload/2021-08-03_Stellungnahme_RA_Dr_Boos_BHW_Umsetzung_EE-Richtlinie_im_EEG_2021_Version-2.pdf), S. 10 ff.
- 7  
100 prozent erneuerbar stiftung, <https://100-prozent-erneuerbar.de/wiki/Mieterstrom> [Letzter Abruf vom 07.01.2022]
- 8  
100 prozent erneuerbar stiftung, <https://100-prozent-erneuerbar.de/wiki/Quartier> [Letzter Abruf vom 07.01.2022].
- 9  
BBEn, [https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user\\_upload/BBEn\\_Konzeptpapier\\_Energy\\_Sharing\\_Stand\\_vom\\_07.10.21.pdf](https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_upload/BBEn_Konzeptpapier_Energy_Sharing_Stand_vom_07.10.21.pdf), S. 7.
- 10  
Die Abschaffung der EEG-Umlage reduziert die Lieferantenpflichten um eine auf neun, die Meldepflichten um vier auf zehn. Mit dieser geringfügigen Entbürokratisierung sind die Probleme der gemeinsamen Eigenversorgung aber keinesfalls gelöst.
- 11  
Liste des BBEn, abrufbar unter: [https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/Aufwand\\_einer\\_WEG\\_aufgrund\\_des\\_gelenden\\_Energierichts\\_BBEn.pdf](https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/Aufwand_einer_WEG_aufgrund_des_gelenden_Energierichts_BBEn.pdf)
- 12  
„Reiner Lemoine Stiftung (2020): New Deal für das Erneuerbare Energiesystem. Wie die Energiewirtschaft entfesselt werden kann und so 100 % Erneuerbare Energien möglich werden., [https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/images/energiewende/RLS\\_New\\_Deal\\_f\\_r\\_das\\_Erneuerbare\\_Energiesystem\\_Feb\\_2020.pdf](https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/images/energiewende/RLS_New_Deal_f_r_das_Erneuerbare_Energiesystem_Feb_2020.pdf) [Letzter Abruf vom 11.01.2022].

## Kontakt:

### Viola Theesfeld,

Referentin für Energiepolitik & -wirtschaft im Bündnis Bürgerenergie

Mail: [viola.theesfeld@buendnis-buergerenergie.de](mailto:viola.theesfeld@buendnis-buergerenergie.de)

Telefon: +49 179 4159636